

Freie Presse

Bezugspreis:

In Lodz und nächster Umgebung wöchentlich 4 M.
— Pf. und monatlich 16 M.
Durch die Post bezogen kostet sie 16 M. monatlich.
Honorare werden nur nach vorheriger Vereinbarung gezahlt.

Eigene Vertreter in: Alexandrow, Bielsko, Chelm, Kallisch, Konin, Konstantynow, Lipno, Lublin, Miedzybuz, Ostrowiec, Tomaszow, Turek, Wloclawek, Zdzislaw, Zolow, Zgierz.

Nr. 76

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer Straße 86.

3. Jahrgang

Zum Regierungswechsel in Deutschland.

Bolschewismus gegen Nationalismus?

Es ist nicht leicht, sich aus den zahlreichen Meldungen, die im Laufe eines Tages über die neue Lage in Deutschland eingeht, ein klares Bild zu machen. Bis zur Stunde kann angenommen werden, daß die neue Regierung ausstehen hat, sich durchzusetzen und ihre Stellung zu behaupten, wenn es auch noch hier und da in deutschen Gauen zu Protesten oder gar blutigen Ausschüssen kommen sollte.

Der Anhang der Regierung Rapp ist nicht so gering, als es anfänglich den Anschein hatte, und ihre militärische Stellung kann als gesichert gelten. Denn die süddeutschen Reaktionen, auf die sich die alte Regierung verlassen zu können glaubte und die sie wahrscheinlich zu einem Sturz der gegenwärtigen Machthaber verwenden wollte, sind zur neuen Regierung übergegangen. Und ihnen folgten die bürgerlichen Einwohner.

Aus dieser Meldung wäre zu schließen, daß die bürgerlichen Kreise der süddeutschen Staaten — denn nur aus diesen rekrutierten sich die Einwohner — im Gegensatz zu den Entlassenen ihrer Regierungen die neue Regierung anerkennen und sich ihr zur Verfügung stellen wollten. Es wäre dies, von der Arbeiterschaft abgesehen, die zum größten Teile sozialistisch ist, die erste Kundgebung deutscher Volkskräfte gegen das bisherige Regime. Wenn nun noch gemeldet wird, daß auch General Mäcker, der den Oberbefehl über die gegen Berlin zu entsendenden Truppen zu übernehmen hatte, sich für die neue Regierung erklärt hat, so wird es verständlich, daß Ebert, Bauer und Noske sich in Dresden nicht mehr sicher fühlen und nach Stuttgart überflücht sind, in der Hoffnung, von Württemberg Hauptstadt aus die Gegenkampagne zu führen.

Unwahrscheinlich klingt daher auch die Meldung von bereits ausgetragenen Verhandlungen zwischen der neuen und der alten Regierung. Die letztere läßt abgesehen amtlich aus Stuttgart mitteilen, daß davon keine Rede sein könne.

Die ostpreussischen Provinzen haben sich für die neue Regierung erklärt. Sogar der sozialdemokratische Oberpräsident Männich erkennt sie an und bleibt auf seinem Posten. Der Oberbefehlshaber der Reichswehr in Ostpreußen, General Ottorf, hat an seine Truppen einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt, daß die neue Regierung, die versprochen habe, jede Reaktion zu bekämpfen, den Bürger zu schützen und für die Entwicklung des Staates zu sorgen, der Anerkennung wert sei. In der Hauptstadt Schlesiens ist es allerdings zu Unruhen gekommen, die in der ohne Hintergedanken unterdrückt wurden. Die Anführer, Vogt und Philips, wurden verhaftet.

Die sozialistische Arbeiterschaft steht, wie schon erwähnt, auf der Seite der alten Regierung und zeigt das Bestreben, eine Reaktion nach bolschewistischem Vorbild zustande zu bringen. Ob es ihr gelingen wird, die dem Deutschen ins Blut übergangene vernünftige Auffassung von einem geordneten Staatswesen zu erschüttern, ist fraglich, zumal der größte Teil der Truppen und auch die Kieler Matrosen hinter der neuen Regierung stehen.

Vollmachten erteilen, sobald die Verhandlungen zwischen den deutschen und polnischen Delegierten in der Vertikale, Goll, Pohl und Postfrage eine Unterbrechung erfahren müssen. Der Vorsitzende der polnischen Delegation teilte dies dem Vorsitzenden der deutschen Delegation mit. In anbetrach dieser Sachlage verläßt die deutsche Delegation Warschau. Ueber einige Punkte von erster Bedeutung war es bereits zu einer Verständigung gekommen. So wurde u. a. festgestellt, daß Personen, die durch den „polnischen Korridor“ von Ostpreußen nach Deutschland und zurück reisen wollen, keinen Passports bedürfen und daß das polnische Visum durchaus nicht erforderlich ist. Die Reisenden brauchen die Waggons nicht zu verlassen. Auch über die Eisenbahntarife wurde eine Einigung erzielt und in anderen Fragen wurde die Möglichkeit einer Verständigung festgestellt. Es besteht die Hoffnung, daß die Verhandlungen in nächster Zeit wieder aufgenommen werden. Die Meldungen deutscher und dänischer Blätter, wonach die polnischen Delegierten Ansprüche gestellt hätten, die im Gegensatz zum Friedensvertrag stehen, entsprechen nicht den Tatsachen.

Am Sonnabend ist Herr Seering, der zeitweilige Verwaltungsvertreter der Freien Stadt Danzig mit neuen Instruktionen in Warschau eingetroffen. Am Montag begannen die Verhandlungen zwischen Polen und Danzig von neuem. Ueber den größten Teil der Fragen wurde eine Verständigung erzielt, was den Schluß zuläßt, daß die Verhandlungen bald beendet sein werden.

Ein Dementi der alten Regierung.

Stuttgart, 16. März. (Pat.) Die frühere Regierung teilt amtlich mit, daß die neue Regierung den Eindruck zu erwecken suche, als sollen zwischen den beiden Regierungen durch Vermittlung des Generals Mäcker Unterhandlungen beginnen. Es ist dies eine Entfälschung der Regierung Rapps, denn die rechtmäßige Regierung lehne jede Verhandlung mit den Berliner Verschwörern ab.

Die Stellung der neuen Regierung nach deutscher Auffassung gefestigt.

Muen, 16. März. (Pat.) Die Situation ist befriedigend. Die gestrige Regierung will ihren Aufruf zum Generalstreik als für die Bevölkerung schädigend widerrufen. Die Verhandlungen zwischen der alten und der neuen Regierung haben begonnen und nehmen einen günstigen Verlauf. Die Bildung der neuen Regierung auf streng demokratischer Grundlage ist in der nächsten Zeit zu erwarten. Bisher hat die alte Regierung durch ihren Aufruf zum Generalstreik führen wollen. Die Truppen des Kommandos I. sowie die Reichswehr und die Gendarmerie sind mit Ausnahme kleiner sächsischer Abteilungen auf der Seite der neuen Regierung. In Bayern ist die alte Regierung zugunsten einer nationalen zurückgetreten.

Der Anhang und die Gegner der neuen Regierung.

Paris, 16. März. (Pat.) Die Flotte in Kiel hat die neue Regierung anerkannt. In Essen und Frankfurt a. M. kam es zu blutigen Straßenkämpfen, während deren Verlaufs eine Person getötet und zahlreiche verwundet worden sind.

Paris, 16. März. (Pat.)

Die Lage in Berlin ist unverändert. Rapp beherrscht Berlin und kämpft mit den Schwierigkeiten der Bildung eines neuen Kabinetts. Der Gewerkschaftsverband hat beschlossen, den Generalstreik zu proklamieren, falls Rapp am Ruder bleibt. Die öffentlichen Beamten, Wasserleitung, Gas, Elektrizität, Verkehr, alles streift zum Zeichen des Protestes gegen die reaktionäre Regierung. Dasselbe geschieht in Köln, Hamburg, Kiel, Frankfurt, Essen und Düsseldorf, wo es zwischen Arbeitern und Militär zu Straßenkämpfen gekommen ist. Es gab 15 Tote und zahlreiche Verwundete. Präsident Ebert und Kanzler Bauer haben Dresden verlassen, wo die neue Regierung Fuß gefaßt hat.

Die französische Regierung wird nur diejenige deutsche Regierung anerkennen, die vor die Nationalversammlung in Stuttgart treten wird.

„Petit Parisien“ meldet, daß das französische Kriegsministerium sich gegenüber den Ereignissen in Deutschland ohne wesentliche Änderungen verhält. Es wurden die französischen Abteilungen nur in Wiesbaden, Neustadt und Bonn verdoppelt.

Katzenburg, 16. März. (Pat.)

In der Rheinprovinz fanden große Demonstrationen der Arbeiter gegen den Umsturz in Berlin statt.

Hindenburg.

Danzig, 16. März. (Pat.)

Die „Danziger Zeitung“ meldet, daß Hindenburg an die Regierung Rapp zu Händen des Generals v. Sittwitz eine Depesche gesandt habe mit der Bitte um sofortige Zurückberufung der Truppen aus Berlin und um Wiedereinführung der verfassungsmäßigen Zustände. Gleichzeitig setzte Hindenburg den Reichspräsidenten Ebert hiervon in Kenntnis und bat um die möglichst baldige Ausschreibung von Neuwahlen in die Nationalversammlung.

Straßenkämpfe.

Berlin, 16. März. (Pat.)

In Hamburg herrscht eine Stimmung zur Bildung einer selbständigen deutschen nordwestlichen Republik. Aus verschiedenen Städten kommen Nachrichten über blutige Kämpfe zwischen der Bevölkerung und dem Militär. In Dresden wurden 50 Personen getötet und 2 verwundet. Ernst Kämpfe mit Hilfe von Panzerautos und Maschinengewehren fanden in Hamburg statt. Gestern abends besetzten Polizeitruppen einen Teil Hamburgs, wobei es abermals zu Straßenkämpfen kam. Es blieben 14 Personen ihr Leben ein. Während der Leipziger Unruhen wurden 24 Personen getötet und 51 verwundet. In Weimar wurden 5 Personen getötet und 30 verwundet. In Kiel ging die städtische Verwaltung in die Hände des Proletariats über.

Kein Bahnstreik in Deutschland.

Berlin, 16. März. (Pat.)

Nach amtlichen Meldungen haben sich 95 Prozent der Bahnangestellten gegen den Bahnstreik ausgesprochen.

Unterbrechung im Telegraphenverkehr Paris—Berlin.

In der telegraphischen Verbindung zwischen Paris und Berlin ist eine Unterbrechung eingetreten.

Was sich im Schloß Amerongen tut.

Paris, 16. März. (Pat.)

Der „Matin“ meldet aus dem Haag: Im Schloß Amerongen herrscht große Belegung. Seit gestern beobachtet man einen ununterbrochenen Autoverkehr. Besonders tätig ist der gezeichnete Kronprinz.

Einberufung der Nationalversammlung.

Dresden, 16. März. (Pat.)

Die Nationalversammlung tritt am Mittwoch nachmittag zusammen. Die Regierung Eberts und Bauers ist nach Stuttgart zur Tagung der Nationalversammlung abgereist.

Ein französisches Ultimatum.

Dresden, 16. März. (Pat.)

Nach Nachrichten, die heute nachmittag hier eingetroffen sind, soll die Koalition vor 2 Stunden ein sechsständiges Ultimatum an die Regierung Rapp gerichtet haben. Nach allen Anzeichen sind die Stunden der neuen Regierung gezählt. Es heißt, daß die Reichswehr die Waffen niederlegen soll.

Berlin, 16. März. (Pat.)

Der „Vorwärts“ meldet aus Dresden, daß Marichall Koch an die Berliner Regierung ein Ultimatum gerichtet haben soll, worin er verlangt, daß die Truppen im Laufe von 6 Stunden Berlin verlassen und die Waffen niederlegen.

Die abwartende Haltung der Entente.

Basel, 16. März. (Pat.)

Die Baseler „National Zeitung“ meldet aus Paris in der Frage der Stellungnahme der Entente gegenüber den Ereignissen in Deutschland folgendes: Man kann vorläufig noch nichts sagen. Die Pariser und die Londoner Regierung nimmt, wie es scheint, eine abwartende Stellung ein. „Chicago Tribune“ meldet, daß einer der alliierten Offiziere der Kontrollkommission in Bern erklärt haben soll, daß die Regierung Rapp infolge des Umsturzes in eine Lage hineingeraten sei, die dem Versailler Friedensvertrag durchaus nicht entspreche. Der Chef des englischen Generalkonsuls und des englischen Konsuls in Genes Wilson wurde plötzlich nach London abberufen. Der Kriegsminister trifft Vorbereitungen zur Verstärkung des englischen Besatzungskorps am Rhein.

Lyon, 16. März. (Pat.)

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ hat Millerand auf der Vortragskonferenz erklärt, daß die Verbündeten keinerlei Berichte über den Regierungswechsel in Deutschland erhalten haben. Diese Ereignisse interessieren schließlich nur Deutschland allein.

Die politischen Parteien Pommerezens.

Aus Bromberg wird uns geschrieben: Wie außerordentlich wenig das politische Parteilieben außerhalb der ehemals preussischen Landesteile selbst der politischen Presse Pommerezens bekannt ist, zeigt ein in verschiedenen Blättern auslaufender Artikel einer thüringischen Zeitung, der leider auch ohne Nachprüfung der Angaben in ein deutsches Blatt in Bromberg übernommen worden ist. Da durch die Verbreitung solcher Angaben die ohnehin mühselige Arbeit, ein Bild vom politischen Parteilieben zu gewinnen, für den deutschen Bürger Polens ungemein erschwert wird, wollen wir wenigstens auf folgendes kurz hinweisen: Neben den seit langem im ehemaligen polnischen und Westpreussischen Gebiet heimischen Parteien entspringen hier — und das ist das eigentlich Charakteristische — der ganzen Lage — die bereits im Sejm vertretenen Parteien eine außerordentlich lebhaft agitationsfähigste, um den Kreis ihrer Anhänger über Kongresspolen hinaus zu vermehren und aus den hiesigen Nachwahlen eine Erhöhung ihrer Abgeordnetenzahl zu erreichen. Zu drei endlich haben sich einige Parteigruppen in neuester Zeit hier selbständig gebildet, kommen jedoch als „Parteien“ nicht in Betracht.

Von früheren polnischen Parteien ist die Nationale Arbeiterpartei (Narodowe Stronnictwo Robotników) von Bedeutung, um hat sich ihre Selbstständigkeit gewahrt. Daß diese eine schwere Krise durchgemacht, haben wir mehrfach betont, seit sich auf dem Posener Februartag der Partei das starke Absinken ihrer Mitglieder in die Richtung des von dem Bochumer Flügel vertretenen Radikalismus zeigte, sodaß sie ihrem geistlichen Abgeordneten den Stuhl vor die Tür setzten. Zu der zweiten Gruppe von Parteien (aus Kongresspolen herüberwandernde) gehören keineswegs nur, wie der zitierte Artikel besagt, die Bürgerpartei (Stronnictwo oder Zjednoczenie Mieszczańskie), die übrigens im Sejm nur 12 Abgeordnete besitzt, sondern von allen Dingen auch der von der Nationaldemokratie gegründete Nationale Volksverband (Związek Ludowo-Narodowy), mit dessen Gruppen sich der hier vor kurzem gegründete interparteiliche Klub (Kolo międzypartyjne) vereinigt hat. Ebenso ist bereits im Sejm vertreten die Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe), die ihre Gruppen in Galizien, Kongresspolen und Ostpolen hat und die bei weitem stärkste Partei im Sejm ist. Eine Unterstützung dieser Partei bedeutet es auch, daß der zitierte Artikel übersehen hat, wenn die hiesige Polnisch-katholische Volkspartei (Katolicka-polska Partja Ludowa) und Mittelpolnische Partei (Partja Stanu Średniego) ihren Beitritt „zur Partei des Abgeordneten Witos“ erklärt hat, da nämlich Witos der bekannteste Führer der Volkspartei ist. Endlich hat die polnisch sozialistische Partei (Polska Partja Socjalistyczna), die ebenfalls in Kongresspolen und Galizien bodenständig ist, eine starke Werbetätigkeit entfaltet.

D. P. D.

Totales.

Lodz, den 17. März.

Zu der St. Trinitätsgemeinde fand am Montag Abend die angekündigte Versammlung der Gemeindeglieder statt. Sie wurde in der St. Trinitätskirche abgehalten. Zu der Versammlung hatten sich 122 Personen eingefunden. Sie wurde vom Herrn Superintendenten Angerstein mit Ansprache und Gebet eröffnet. Zunächst wurden die Kirchenvorsteher gewählt. Die folgenden durch Abgabe von Stimmzetteln, die von einer besonderen Kommission unter dem Vorsitz des Herrn Superintendenten Angerstein geführt wurden. Diese Arbeit nahm geraume Zeit in Anspruch. Um 11 1/2 Uhr wurde das Ergebnis der Wahlen bekanntgegeben. Laut diesem wurden in das Kirchenkollegium die Herren Karl Klotow, Alexander Węgr, Matthias Węglowski und Albert Giegl aus dem früheren Kirchenvorstande wieder gewählt und die Herren Adolf Hoffmann, Robert Jeschke, Heinrich Kändlermann, Karl Städt, Robert Schwarz, Josef Spidemann, Theodor Schütz und Leopold Wegner neu gewählt. Letzter als Vertreter der Landbevölkerung. Die Wähler schenken sich in bezug auf die Wahl in der Mehrzahl schon vorher verständigt zu haben, denn ein in der Versammlung noch vorgeschlagener Kandidat wurde trotz warmer Befürwortung nicht berücksichtigt.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß auch in das Kirchenkollegium der St. Trinitätsgemeinde Leute hineingekommen sind, die ihrer hohen Aufgabe durchaus gewachsen sind. Wir freuen uns, daß fortan auch in dieser Gemeinde Männer wirken, auf die wir uns in kirchlichem wie auch volklichem Sinne in jeder Hinsicht verlassen können.

Der Fluch auf Helmsbrück.

Roman von H. Corony.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten).

„Der Anlauf der Wilschens Schlosserei war seit Monaten Storks Wunsch, aber er konnte das Geld für die Anzahlung nicht aufbringen“, bemerkte der Börsenwirt erklärend.

„Stork ist heute morgen nach der Stadt gefahren, um wegen des Anlaufs der Schlosserei zu verhandeln“, meinte Franz.

Der Gerichtsschlichter, der den Aussagen der Dorfbewohner mit gespannter Aufmerksamkeit zugehört hatte, griff jetzt in die Unterhaltung ein:

„Es ist doch wohl sehr unwahrscheinlich“, meinte er, „daß Stork, wenn er wirklich den Mord begangen hat, noch in derselben Nacht die verdächtige Aeußerung über den Anlauf der Schlosserei machen wird.“

„Er mag unter der Einwirkung des Alkohols gestanden haben“, meinte der Richter Franz. „Gleichwohl hat ihm sicher niemand das Geld, das er zum Anlauf der Schlosserei brauchte.“

Der Börsenwirt machte jetzt auf eine zerbrochene Fensterscheibe des nach dem Garten hinausliegenden Schlafzimmers aufmerksam.

„Hier muß der Täter seinen Weg genommen haben“, sagte er. „Es muß jemand gewesen sein, der die Gewohnheiten des Fräuleins von Rabenau und die Verhältnisse genau kannte. Da die Gutsherrin in ihrem Mißtrauen niemandem außer dem Schmied Stork Zutritt zum Schloß gewährt, so weist auch dieser Umstand auf seine Täterschaft hin.“

Nachdem die Befichtigung am Tatorte beendet war, begab sich die Untersuchungskommission

lassen können. Nun brauchen bloß noch zur Vertretung der übrigen evangelischen Einrichtungen in Lodz Männer von echtem Schrot und Korn gewählt zu werden, und um die Zukunft dieser Institutionen ist uns nicht mehr bange!

Eine der wichtigsten Fragen in der Gemeindeversammlung bildete die Erhöhung der Gehälter für die Pastoren und das Kirchenpersonal, die bisher sehr gering besoldet waren. Es wurde daher beschlossen, die Gehälter entsprechend zu erhöhen. Die beiden Pastoren werden von jetzt ab je 30 000 Mark jährlich erhalten. Dem ersten Pastor wurden außerdem noch 3 000 Mark zur Bekleidung des Ständesaufwands bewilligt. Den in den Mittelschulen den Religionsunterricht erteilenden Pastoren wurde ein Zuschuß von 6 000 Mark bewilligt, während das Jahresgehalt für einen angestellten Hilfsprediger auf 9 000 Mark festgesetzt wurde. Der Kantor, der gleichzeitig das Amt eines Organisten, Schriftführers und Kassierers bei der Gemeinde bekleidet, wird 18 000 Mark, der Hilfschreiber 8 000 Mark und die beiden Kirchendiener ebenfalls je 8 000 Mark jährlich erhalten. Den Hauswächter wurde das Gehalt auf 5 200 Mark, dem Friedhofsverwalter auf dem alten Friedhofe der Zuschuß auf 2 400 Mark und für den Verwalter des neuen Friedhofes auf 3 600 Mark erhöht. Der beider Gemeinde angestellte Stadtmusikant wird einen Jahreszuschuß von 9 000 Mark und die Kantor-Gehälter für die jeweiligen Orgelarbeiten erhalten, auf denen er als Kantor amtiert. Dem Friedhofswächter wurde neben seiner Wohnung ein Wohnlohn von 75 Mark und dem Jünglings- und Jungfrauenverein ein Mietzuschuß im Betrage von 1200 Mark bewilligt. Um die durch die erhöhten Gehälter eintretenden Mehrausgaben der Kirchentasse aufzubringen, beschloß die Gemeindeversammlung, die Zahlungen für die kirchlichen Handlungen (Stollgebühren) zu erhöhen. Die Gehaltserhöhungen werden schon vom 1. März d. J. ab gerechnet.

Todesfall. Am Montag starb nach langer Krankheit der Kaufmann Theodor Kaiser im Alter von 50 Jahren. Er war in unserer Stadt geboren, zuerst viele Jahre bei der Firma J. Petersilge, dann bei der Firma Jarocinski, während des Krieges im Lodzer Bezirksgericht in Anstellung und betrieb zuletzt ein Galanteriewarengeschäft. Der Verstorbene zeichnete sich durch einen sehr ehrenhaften Charakter aus. Er war mit seiner Gattin Mathilde, geb. Eribe, 26 Jahre verheiratet. Dem Kirchengefangenen der St. Johanniskirche gehörte er als Mitglied und eifriger Sänger zehn Jahre lang an. Er hinterließ außer der Witwe vier Töchter, einen Sohn und einen zahlreichen Verwandten- und Bekanntenkreis.

Von der Lodzer Freiwilligen Feuerwehr. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat Herr Dr. Alfred Grohmann sein Mandat als Kommandant der Lodzer Freiwilligen Feuerwehr niedergelegt.

Wahlzettel-Spende. Außer den früher bekanntgegebenen Summen sind von einer ganzen Reihe von polnischen Truppenteilen, die dem Lodzer General-Militärbezirks-Kommando unterstehen, für das Nationalgehalt an Josef Wilschke noch gegen 49 188 Mark, 244 20 Kronen und 277 30 Rubel eingelaufen.

Die Bankfälligkeiten wieder freigesgeben. Die seitern durch das Kriegswucheramt und das Finanzamt angebrachten Siegel an denjenigen Schecks, deren Inhaber sich zwecks Deckung derselben nicht gemeldet haben, sind bereits beseitigt worden. Den Inhabern dieser Bankfälligkeiten ist somit der freie Zutritt zu denselben wiederum ermöglicht.

in den Sushof zum schwarzen Adler, um dort weitere Dorfbewohner zu vernehmen und Anhaltspunkte für die Feststellung des Täters zu gewinnen.

Durch die Aussagen der Dorfbewohner wurde Stork so schwer belastet, daß nunmehr auch der Gerichtsschlichter nicht mehr daran zweifelte, daß Stork als der allein Schuldige in Betracht kam.

Zitternd und weinend saß Hanni in ihrer Stube. Sie hatte sich noch kaum von ihrem Schrecken über die Nachricht von der Ermordung der Schlossherrin erholt, als die Gerichtskommission bei ihr erschien und sie mit vielen Kreuz- und Querfragen ängstigte.

Hanni sagte sich, daß die Gerichtskommission auf die Aussage des Vaters, der am Abend vorher als letzter mit Fräulein von Rabenau gesprochen hatte, großen Wert legen mußte, doch sie wagte nicht, sich vorzustellen, daß ein Verdacht auf dem Vater ruhen könnte. Es schien ihr deshalb das Beste, wenn sie bei der Wahrheit blieb, denn im Inneren ihres Herzens war sie davon überzeugt, daß ihr Vater keinen schlechten Einfluß auf sie gehabt hätte, so sehr sie auch ein sonderbares Wesen in vergangener Nacht brunnig hatte. So gab sie ruhig zu, daß der Schmied erst um drei Uhr morgens heimgekommen war und sich am frühen Morgen schon nach der Stadt begeben hatte, um mit Schlosser Wille wegen der Uebernahme der Schlosserei zu unterhandeln.

Von peinlicher Unruhe gequält, verbrachte sie den Rest des Tages. Sie war völlig ratlos und hoffte, daß Richard Schaber sich ihrer annehmen und ihr Trost bringen würde. Lieber er sie wirklich, so dürfte er sie in diesen Stunden entschuldigender Verzweiflung nicht allein lassen. Doch sie wartete vergebens.

Freistlose Verkehrseinstellung auf den Eisenbahnen.

Der Wojewode von Lodz gibt bekannt: Um Mitternacht vom 14. zum 15. März ist der Personenverkehr auf den Eisenbahnen auf unbestimmte Zeit eingestellt worden. Das Ministerium des Innern ordnet im Einverständnis mit dem Eisenbahnministerium folgendes an:

1. Das Recht, die Eisenbahnen zu benutzen, steht ausschließlich Personen zu, die im Besitz von Reisescheinen sind. Sejmabgeordnete können ohne diese Scheine reisen, wenn sie ihre Ausweise vorweisen. Militärpersonen und Staatsbeamte müssen mit einem Ausweis ihrer Behörde über den Zweck der dienstlichen Reise versehen sein.

2. Zur Ausstellung von Reisescheinen für Privatpersonen sind die lokalen Verwaltungsbehörden erster Instanz nach Feststellung der Reiseunwendigkeit befugt. Reisescheine stellt das Regierungs-Kommissariat für die Stadt Lodz, Kosciuszko-Allee 1, aus.

Die nach Posen Reisenden müssen außer dem Reiseschein auch noch eine Genehmigung zum Kauf der Fahrkarte besitzen.

Um die Verbesserung der Eisenbahnverbindung Lodz-Warschau. Infolge der überaus beschwerlichen Eisenbahnverbindung, die heute zwischen Lodz und Warschau besteht, hat das Lodzer Oberstadtsamt sich an den Eisenbahnminister mit der Bitte um Einstellung zweier Paare Züge zwischen Lodz und Warschau gewandt. Der Fahrplan soll so festgesetzt werden, daß die Einwohner von Lodz oder Warschau morgens abreisen und abends noch heimkehren können. Gleichzeitig hat das Oberstadtsamt um Einstellung von Nachtzügen ersucht, um den Reisenden das Ansehen an der Schalterkasse zu ersparen.

Militarisierung der Eisenbahnen. Die Militär- und Verleih-Kommissionen im Sejm nahmen einen Entwurf betreffend die Militarisierung der Eisenbahnen bis zur Beendigung des Krieges an.

Ein lobenswerter Plan. Eine Gruppe Posener Kaufleute hat den Plan gefaßt, in Kongresspolen eine Reihe von Läden zu eröffnen, in denen ausschließlich Posener Waren zum Verkauf gelangen sollen. Selbstverständlich werden die in diesen Läden gefaßten Waren sich viel billiger stellen, als die hiesigen.

Verstärkung der Seuchen in Polen. Aus Genuß sind dieser Tage die Mitglieder einer polnischen Delegation heimgekehrt, die dort an der Tagung der Liga der Roten-Kreuz-Vereine teilgenommen haben. Sie teilen mit, daß die Rote-Kreuz-Vereine verschiedener Staaten Polen größere Geldmittel zur Verstärkung der Seuchen bewilligt haben, und zwar: England 60 000 Pfund, Portugal 70 000 Franken, Belgien 50 000 Franken, Rumänien 20 000 Lei, Spanien mehrere Waggons Seife, Frankreich einen Wagon Krankenhaushausmaterial, Italien einen Wagon Arzneien, Australien 70 000 Pfund, Amerika 100 000 Dollar, Schweden 1 Hospital.

Um die Erweiterung des Lodzer Telephonnetzes. Der Mangel an Fernsprechern macht sich in Lodz sehr empfindlich bemerkbar. Infolgedessen hat das Lodzer Bezirksamt sich wiederholt an das Ministerium für Post und Telegraphie mit der Bitte gewandt, die Erweiterung des Lodzer Telephonnetzes vorzunehmen.

Angst und Sorge bedrückten das junge Mädchen. In Gewissensbissen dehnten sich ihr die Stunden aus. Der Vater hatte die Zeit seiner Rückkehr nicht fest bestimmt und Hanni verbot, ihm entgegenzukommen. Immer wieder sah sie durch das Fenster, ob er nicht käme, aber sie sah nur Leute, die im flüsternden Gespräch vorübergingen und das Haus neugierig anstarrten.

Schon war es Nachmittag geworden, und ihre Aufregung stieg von Minute zu Minute. Sie konnte die Unruhe nicht mehr ertragen und wagte es doch nicht, das Haus zu verlassen. Raslos ging sie in ihrem Stübchen auf und ab und horchte auf jedes Geräusch, das sich dem Hause näherte. Endlich gegen Abend konnte sie ihre Unruhe nicht länger bemeistern und entschloß sich, dem Vater entgegenzugehen.

Stork kam erst mit dem Abendzuge an. Als er ausstieg, traten ihm mehrere Gendarmen entgegen.

„Was gibt es denn?“ fragte er verwundert. „In der vergangenen Nacht wurde Fräulein von Rabenau ermordet und veranlaßt“, lautete die Antwort.

Stork schwankte plötzlich wie ein Trunkener. „Ermordet? Herrgott im Himmel! Ermordet? Von wem denn?“

„Das wird die Untersuchung feststellen. Wir verhaften Sie im Namen des Gesetzes als des Mordes verdächtig.“

Stork starrte den Gendarmen, der ihm die Hand auf seine Schulter gelegt hatte, verständnislos an.

„Was habe ich denn mit der Ermordung des Fräuleins von Rabenau zu tun? Wer wagt es, mich anzuklagen?“

Hauptversammlung des Kreditvereins der Stadt Lodz. Zur vorgeschriebenen ordentlichen Hauptversammlung des Lodzer Kreditvereins waren 269 Mitglieder erschienen, die 220 Stimmen darstellten. Die Versammlung eröffnete den Namen des Aufsichtsausschusses Herr M. Sulowski, der zum Vorsitzenden gewählt wurde. Dieser berief seinerseits die Herren Kossel, Sammer, Dahlig, Wolanet und Moriz Rosenblat zu Beisitzern und Direktor L. Gajewicz zum Schriftführer. Der Rechenschaftsbericht der Direktion für das Finanzjahr 1918/19 wurde an der Generalversammlung durch Jurek angenommen. Der Entwurf des Haushaltsplans für 1919/20 wurde lebhaft besprochen. Es wurde beschlossen, zur Deckung der infolge der herrschenden Verteuerung und der Erhöhung der Beamtengehälter gestiegenen Verwaltungskosten 50 Rubel von jeder Hundert Rubel der Ratengahlung zu Gunsten des Verwaltungsfonds, begonnen von der nächsten Matrike, zu zahlen. Der Antrag des Herrn Bogomowski, die im Haushaltsplan enthaltene Summe von 5000 Mark für Wohltätigkeitszwecke auf 50 000 Mark zu erhöhen und diesen Betrag für soziale und Wohltätigkeitszwecke zu verwenden, wurde abgelehnt, hingegen wurde der Antrag des Herrn Helmann, für diese Zweck 15 000 Mark zu bestimmen, angenommen. Ferner wurde der Antrag angenommen, den Beamten ein 13. Monatsgehalt auszusuchen. Der Antrag der Vereinsbehörden, bei der Abschätzung des Wertes der Immobilien bei der Erteilung von Darlehen, anstatt des jährigen Ertrags des Immobilien, den 7jährigen Ertrag anzunehmen, wurde einstimmig angenommen und die Direktion ermächtigt, beim Finanzministerium um die Änderung des § 10 der Statuten vorstellig zu werden. Der Antrag der Vereinsbehörden auf Einsetzung des Repräsentantenrats wurde einstimmig abgelehnt. Nach Erledigung dieser Punkte der Tagesordnung wurde zu den Wahlen geschritten, die folgendes Ergebnis hatten: Der ausscheidende Direktor Herr Julius Lange wurde wiedergewählt, Herr Josef Bogomowski zum Direktor ernannt, zum stellvertretenden Direktor wurde Herr Wlodek Brzuski ernannt und ins Aufsichtsausschusses Herr Ed. Bogomowski ernannt und die Herren J. Kwasniewski und Kaplan wiedergewählt.

Lodz aus der Vogelschau. Der Leiter des städtischen Vermessungsamtes Ing. Bialski wurde vom Warschauer militärischen Aérophotoamt nach Warschau berufen, um die Angelegenheit der photographischen Aufnahme der Stadt Lodz aus der Vogelschau zu besprechen.

Bewilligung der Lohnforderungen der Outsarbeiter. Dank der Vermittlung des hiesigen Arbeitsinspektors konnte zwischen den Outsarbeitern des Amara und Brzeziner Kreises und ihren Arbeitern eine Einigung erzielt werden. Die beiderseitig festgesetzten Bedingungen werden auf dem Normallohn gegenüber geringe Änderungen ausgemacht. In dem Lodzer und Posener Kreis sind die Verhandlungen noch im Gange. Es ist jedoch Hoffnung vorhanden, daß sie auch dort in kürzester Zeit beendet werden.

3 Monate Gefängnis für versuchte Verurteilung. Das Bezirksgericht verurteilte unter dem Vorsitz des Richters Jarzemski gegen den Einwohner von Grojec, Janek Klotop, der der Fälschung von Dokumenten und der versuchten Verurteilung eines Beamten angeklagt war. Am 19. November 1919 nahm er der Alexanderowitschstraße ein Untersuchungsbeamten den Grojecer Einwohner Janek Klotop fest, der anscheinend zwecks Entziehung von den Militärpflichtigen die Geburtsurkunde in seinem Wasse geändert hatte. Auf dem Wege zum Kommissariat bot er, um freizukommen, dem

„Ich habe nur den Befehl auszuführen, den mir aufgetragen ist“, sagte der Gendarm, „und ersuche Sie, mir gütwillig zu folgen.“

Stork machte eine Bewegung, als wolle er sich auf den Beamten stürzen, im nächsten Augenblick aber kam es wie ein jäher Schwächeanfall über den starken Mann.

„Tot?“ murmelte er. „Dann, ja dann ist alles verloren!“

Ohne jede Gegenrede ließ er sich nach dem Ortsgericht führen und schien die beschimpfenden Bursche der herbeigeeilten Dorfbewohner gar nicht zu hören.

Nur als er in der Nähe seines Hauses stand, seine Tochter stehen sah, die beim Anblick des zwischen den Gendarmen eingeherrschten Vaters in Tränen ausbrach, da rief er mit so flatternder Stimme, daß es alle Umstehenden hören konnten:

„Sei ruhig, mein Kind, dein Vater ist nicht schuldig!“

Von diesen Worten schienen eine wunderbare Wirkung auf Hanni auszugehen, denn sie trachte ihre Tränen, richtete sich auf und schritt mit fest zusammengepreßten Lippen, aber in stolzer und unverwundlicher Haltung an den Dorfbewohnern vorüber dem väterlichen Hause zu.

Im Antikammer wurde sofort ein Verhörsprotokoll mit Stork angefertigt. Er gab zu, die verdächtige Person zu sein, die den Anlauf der Schlosserei getan zu haben, leugnete auch nicht, daß er am vorausgegangenen Abend zu Stork's Stube heimgekehrt sei, bestritt aber entschieden, Fräulein von Rabenau's Mörder zu sein. Der Tod der Schlossherrin von Helmsbrück stieß ihn ja selbst nieder in die ärgsten Sorgen und vernichtete alle seine Hoffnungen.

Fortsetzung folgt.

Hans Riese, Lohd.
Druck: Robert Druckerei, Metrikauer Straße 22

